

## Niederschrift

über die 30. Gemeinderatssitzung, stattgefunden am Donnerstag, den 8. Februar 2007, im Sitzungssaal der Marktgemeinde Zell am Ziller;

Anwesend: Bürgermeister Komm.-Rat Walter Amor, Bgm.-Stv. Ing. Andreas Binder, GR Johannes Breuß, Wilhelm Breuß, Annelies Brugger, Christine Egger, Erwin Haid, OSR Anton Kreidl, Martin Lechner, Johann Platzer, Katharina Schwankler, Andreas Wildauer, Walter Strasser;

Abwesend: ---

Schriftführer: Alfons Turozzi

Beginn: 20.00 Uhr Ende: 22.45 Uhr

### Beratungsgegenstände:

- 1.) Genehmigung der Niederschrift über die 29. Sitzung des Gemeinderates, stattgefunden am Montag, den 18. Dezember 2006;
- 2.) Zillertalbahn – Unterführung: Vorlage und Beschlußfassung eines Gestattungsvertrages;
- 3.) Neuvermietung einer in Gemeindeeigentum stehenden Wohneinheit;
- 4.) Behandlung eines Antrages um Zuerkennung von Mietzinsbeihilfe;
- 5.) Personalangelegenheit;
- 6.) Genehmigung der Niederschrift über die 34. Sitzung des Gemeindevorstandes, stattgefunden am Montag, den 29. Jänner 2007;

Bürgermeister Walter Amor begrüßt vor Eingehen in die Tagesordnung die erschienenen Mitglieder des Gemeinderates, stellt in der Folge die Beschlußfähigkeit zur gegenständlichen Gemeinderatssitzung fest und eröffnet diese.

Zu 1.)

Es wird einstimmig beschlossen, die Niederschrift über die 29. Gemeinderatssitzung, stattgefunden am Montag, den 18. Dezember 2006, zu genehmigen.

Zu 2.)

Seitens der Zillertaler Verkehrsbetriebe AG ist der Bau einer Fußgänger-Unterführung, welche gleichzeitig Kinderwagen- und Fahrradrampen aufweist, im Ortsteil „Unterau“ Bereich der Gste. 485/2, 138/1 (beide Marktgemeinde), 555/1 (Öffentliches Wassergut) und 572/1 (Zillertalbahn) in Aussicht genommen. Damit wird ein gefahrloses Queren

zwischen dem Uferbegleitweg bzw. dem Zillertaler Radweg sowie dem östlich an die Bahntrasse anschließenden Siedlungsgebiet gewährleistet.

Hinsichtlich der vom Gemeinderat diskutierten Punkte ergeht an den Gemeindevorstand der Auftrag, mit den Zillertaler Verkehrsbetrieben Gespräche zu führen, wobei als Ziel der Verhandlungen die Reduzierung der Gestattungsgebühr sowie die Kosten für die Instandhaltung des Baukörpers analog der Investitionskosten mit 90:10 zu fixieren sind. Weiters wird fixiert, daß gemäß des im Absatz 1 angeführten Kostenschlüssel für den Investitionsbeitrag der Marktgemeinde Zell eine Obergrenze in Höhe von 10 % der Kostenschätzung Gültigkeit hat.

In der Folge werden der Bürgermeister sowie zwei weitere Mitglieder des Gemeindevorstandes ermächtigt, eine Gegenzeichnung des betreffenden Vertragswerkes vorzunehmen.

Es wird einstimmig beschlossen, die Tagesordnungspunkte 3.), 4.), 5.) und 6.) vertraulich sowie unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu behandeln.

Zu 6.)

Die Niederschrift über die 34. Sitzung des Gemeindevorstandes, stattgefunden am Montag, den 29. Jänner 2007, wird einstimmig genehmigt.

Es wird einstimmig beschlossen, die Tagesordnung wie folgt zu erweitern:

7.) Beratung Zillertalbahn;

zu 7.)

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes wird ausführlich über das Projekt „Ausbau der Zillertalbahn“ und „Verkürzung des Taktverkehrs“ diskutiert. Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat, daß das Vorhaben eisenbahnrechtlich verhandelt ist und Bescheide zwischenzeitlich in Rechtskraft erwachsen sind. Derzeit bemühen sich die Vertreter der Zillertaler Verkehrsbetriebe um Grundstückseinlösungen. Zum Teil wurden bereits rechtskräftige Vereinbarungen getroffen, einige Grundstückseigentümer zeigen keine Bereitschaft, Flächen für Bahnzwecke zur Verfügung zu stellen.

Durch den verkürzten Taktverkehr wird das Verkehrsgeschehen innerhalb des Ortsgebietes von Zell am Ziller massiv beeinträchtigt, insbesondere wird der Verkehrsfluß im Bereich der vorhandenen Eisenbahnkreuzungen zusätzlich behindert und die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer verschlechtert.

Im Rahmen von Informationsveranstaltungen wurde dem Gemeinderat seitens der Vertreter der Zillertaler Verkehrsbetriebe und des VVT das Projekt vorgetragen, wobei durch die Mitglieder des Gemeinderates Bedenken durch die zusätzliche innerörtliche Verkehrsbelastung geäußert worden sind. Als Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit wurden eine Verminderung der Geschwindigkeit im Ortsgebiet, die Sicherung aller Eisenbahnübergänge, Schallschutzmaßnahmen beim Gleiskörper und den Fahrbetriebsmitteln sowie kürzere Schranken-Schließzeiten in Aussicht gestellt.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat, die Verantwortlichen des gegenständlichen Vorhabens neuerdings zu kontaktieren, um die Bedenken aus der Sicht der Marktgemeinde Zell am Ziller nochmals vorzutragen und die in Aussicht gestellten Maßnahmen rechtlich abzusichern. Es sind weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Gesamtsituation zu setzen und die im vom Ingenieurbüro Fritzer-Saurwein erstellten Verkehrswegekonzept enthaltenen Punkte zu integrieren.

Diese Stellungnahme des Gemeinderates von Zell am Ziller wird an die Zillertaler Verkehrsbetriebe AG, den Verkehrsverbund Tirol, Landesrat Anton Steixner sowie Landesrat Hans Lindenberger übermittelt.

Geschlossen und gefertigt: